

**Dokumentation der
Informationsveranstaltung „Runder Tisch Hochwasser“
am 26. Januar 2011, im Kreishaus Wesel, Raum 008
Reeser Landstraße 31, 46483 Wesel**

Hinweis

Eine CD mit der Gesamtdokumentation einschließlich aller Anlagen kann beim Fachbereich 60, Bauen, Planen, Umwelt, Landwirtschaft, angefordert werden.
edeltraud.langenberg@kreis-wesel.de, Tel. 0281 207 2617, Fax 0281 207 4620

Beginn: 13.55 Uhr

Ende: 17.50 Uhr

Moderation: Lars Rentmeister, Co-Dezernent I.1. des Kreises Wesel

Teilnehmer/innen: - siehe beigefügte Anwesenheitsliste –

Herr Landrat Dr. Ansgar Müller begrüßte die Teilnehmerinnen und Teilnehmer und bat um Verständnis, dass er die Veranstaltung entgegen dem ursprünglich geplanten Beginn um 13.30 Uhr wegen des späteren Eintreffens des Ministers nun erst eröffne. In seinem weiteren Grußwort führte **Herr Landrat Dr. Ansgar Müller** aus, dass der Zeitpunkt für die Fortführung des Runden Tisches Hochwasser nicht besser hätte gewählt werden können, um erneut die Bedeutung, Relevanz und Brisanz des Hochwasserschutzes herauszustellen. Nachfolgend stellte er die Referentinnen und Referenten sowie Herrn Lars Rentmeister als Moderator der heutigen Veranstaltung vor (**s. Anlage 1**) und gab das Wort an ihn weiter.

Bevor **Herr Rentmeister** dem Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen, Johannes Rimmel, als erstem Redner das Wort erteilte, stellte er dessen Vita in kurzen Zügen vor.

Herr Minister Johannes Rimmel (MKULNV) bedankte sich ausdrücklich für die Einladung und stellte dar, dass es ihm eine Ehre sei, bei dieser Veranstaltung des Runden Tisches Hochwasser zu sprechen. Er lobte, dass der Runde Tisch Hochwasser seit mehr als 7 Jahren sich schon zu einer Traditionsveranstaltung und zugleich als allseits anerkanntes Forum entwickelt habe, der das Thema Hochwasser nicht isoliert betrachte, sondern alle Beteiligten mit den unterschiedlichsten Interessen an einen Tisch geholt habe. **Herr Minister Rimmel** machte deutlich, dass er deshalb gern die

Möglichkeit ergreife, die Position der Landesregierung zum Thema Hochwasserschutz darstellen (**s. Anlage 2**).

Abschließend wies **Herr Minister Remmel** auf die derzeit viel diskutierte kritische Finanzsituation des Landes hin und machte deutlich, dass seinem Ministerium aktuell pro Jahr weniger Haushaltsmittel für den Hochwasserschutz zur Verfügung stünden, als erforderlich seien. Er könne nur versprechen, dass er politisch um jeden Euro für den Hochwasserschutz kämpfen werde. Allerdings ließe sich die Realität der angespannten Finanzlage des Landes nicht einfach weg diskutieren.

Herr Hans-Peter Feldmann (VWG Kreis Wesel) führte rückblickend auf die Hochwasserereignisse in 1993 und 1995 eine Bewertung der sicherheitstechnischen Konsequenzen aus seiner Sicht aus und stellte hierzu schriftlich formulierte Fragen an Herrn Minister Remmel bzw. Frau Dr. Nienhaus von der Bezirksregierung Düsseldorf (**s. Anlage 3 a und b**).

Herr Minister Remmel sprach den Deichverbänden, Organisationen und Bürgerinitiativen Lob für deren Engagement zu.

Zu der Frage nach einer einheitlichen Regie des Hochwasserschutzes wies **Herr Minister Remmel** auf die im Land NRW geregelten Zuständigkeiten hin, die aus seiner Sicht leistungsfähig seien. Dabei gehe er natürlich davon aus, dass die bestehenden Organisationen sich im Hinblick auf ihre Strukturen auch kritisch hinterfragen und mögliches Verbesserungspotenzial nutzen. Wenn über eine andere Organisation nachgedacht werden soll, müsse dies auch unter Kostengesichtspunkten bewertet werden. Hierzu seien zudem politische Aktivitäten aus dem Parlament heraus notwendig, die er derzeit nicht erkennen könne.

Abschließend stellte **Herr Minister Remmel** im Zusammenhang mit der Fragestellung nach Änderung der Organisationsstrukturen für Aufgaben des Hochwasserschutzes klar, dass er kein Interesse daran habe, grundsätzlich funktionierende Strukturen aufzulösen, sondern diese zu optimieren und auf zukünftige Aufgaben auszurichten.

Herr Dietmar Pucher (Bürgerinitiative Effektiver Hochwasserschutz) stellte dar, dass insbesondere die durch den Bergbau verursachten Senkungen das Hochwasserrisiko verschärften und bat, bei den anstehenden Risikobewertungen diesen Umstand umfassend zu würdigen. Beispielhaft verwies er auf den Deich in Duisburg-Beekerwerth.

Frau Angelika Steindor (Hochwasserschutzverband Niederrhein) bot den zuständigen Behörden an, gemeinsame Aktivitäten bzw. Aktionen zu initiieren, die wegen fehlender Finanzmittel sonst nicht durchführbar wären. Darüber hinaus führte sie aus, dass ihr Verband bei dem in 2006 erarbeiteten Risk-Assessment für das Bergwerk West beteiligt war. Sie frage nun, ob von den aufgezeigten Maßnahmen bereits etwas umgesetzt worden sei.

Herr Ulrich Behrens (Schutzgemeinschaft Bergbaubetroffener Rheinberg) wies darauf hin, dass die senkungsverursachenden Unternehmen als Kostenträger einer Risikoerhöhung herangezogen werden müssten.

Herr Hermann Norff (Bürgerinitiative Effektiver Hochwasserschutz) kritisierte, dass seitens des Landes zuviel Geld für erneuerbare Energien aufgewendet würde. Nach

seiner Meinung könnte davon ein Teil eingespart und stattdessen in den Hochwasserschutz gesteckt werden.

Zusammenfassend wies **Herr Minister Remmel** darauf hin, dass die Bergbaubetriebe in der Tat für die Kosten aufzukommen haben, die durch die Einwirkungen des Bergbaus auf die Hochwasserschutzanlagen entstünden; dies stehe außer Frage. Außerdem sei auch das umweltpolitische Ziel, in einem angemessenen Zeitraum gänzlich aus dem Bergbau auszusteigen, inzwischen als Fakt zu berücksichtigen, so dass sich neue Senkungsprobleme dann nicht mehr ergeben würden.

Herr Minister Remmel widersprach gegenüber Herrn Norff, dass von seinem Ministerium im großen Umfang Subventionsmittel für erneuerbare Energien verausgabt würden und bedauerte nochmals, dass die finanzielle Ausstattung für den Hochwasserschutz des Landes leider nicht in der Größenordnung zur Verfügung stehe, die gebraucht würde. Er wies zudem darauf hin, dass wegen der knappen Finanzmittel nicht alle Ziele des Hochwasserschutzes bis 2015 zu erreichen seien, so dass das Zeitfenster bis 2020 erweitert worden sei.

Herr Erik Buschhüter (MKULNV) ergänzte, dass im Rahmen des Risk-Assessment für das Bergwerk West seinerzeit 10 Maßnahmen untersucht worden seien. Von diesen 10 Maßnahmen habe sich die Maßnahme „Rückhalteraum Orsoy Land“ als die effektivste und wirkungsvollste herausgestellt und diese Maßnahme befinde sich in der konkreten Planung.

Herr Dr. Helmut Lang (interessierter Bürger) vertrat die Auffassung, dass das mit dem Bergbau verknüpfte immense Schadenspotenzial analysiert werden sollte. Dabei würde sich sicherlich herausstellen, dass das Bergwerk West in Kamp-Lintfort zweckmäßigerweise geschlossen werden sollte. Es stelle sich die Frage, warum darüber nicht nachgedacht werde.

Herr Minister Remmel erwiderte, da das angesprochene Bergwerk in 2012 geschlossen werde und es sich insoweit um einen überschaubaren Zeitraum handelt, entfalle die von Herrn Lang angesprochene Überlegung.

Herr Lars Rentmeister schloss diesen Diskussionspunkt und dankte Herrn Minister Johannes Remmel für seinen Vortrag sowie die weiteren Ausführungen in der Diskussionsrunde.

Anschließend übergab **Herr Lars Rentmeister** das Wort an Frau Dr. Ulrike Nienhaus, Leitende Regierungsdirektorin und Hauptdezernentin der Bezirksregierung Düsseldorf in der Abteilung Umwelt, Arbeitsschutz, verantwortlich für das Dezernat Wasserwirtschaft, und bat um ihren Vortrag zu dem Thema Deichsicherheit.

Frau Dr. Ulrike Nienhaus (Bezirksregierung Düsseldorf) führte einleitend aus, dass das gerade abgelaufene kleinere Hochwasser gezeigt habe, wie wichtig das Thema Deichsicherheit insbesondere am Niederrhein sei. Zwar sei die von manchen Medien vorausgesagte Jahrhundertflut ausgeblieben; die relativ lange Verweilzeit des hohen Wasserstandes habe aber dazu geführt, dass in einigen Bereichen Auffälligkeiten am landseitigen Deichfuß oder auch an einigen Deichtoren und Schleusenbauwerken festgestellt wurden. Dabei handele es sich nicht um unmittelbar bedrohliche Gege-

benheiten, jedoch würden sie Hinweise auf die zukünftige Gewichtung der Sanierungsprioritäten geben. Anhand einer Powerpoint-Präsentation stellte Frau Dr. Ulrike Nienhaus den aktuellen Stand der Deichsanierungen im Bezirk Düsseldorf und dabei insbesondere am Niederrhein vor und berichtete über die Retentionsräume am Rhein in NRW, den Taschenpolder Orsoy-Land, die Nebenrinne Bislich-Vahnum und die ober- und unterstromige Anbindung des Xantener Altrheins (**s. Anlage 4**).

Herr Martin Kuster (VWG-Kreistagsfraktion) sah es für sehr bedenklich, dass noch rund die Hälfte der vorhandenen Deiche nicht saniert seien, aber finanzielle Mittel, die für den Hochwasserschutz dringend benötigt würden, in sog. Ökoprojekte gesteckt würden. Darüber hinaus kritisierte er die heutige Veranstaltung des Runden Tisches als reine Show-Veranstaltung, die nur lange Vorträge aber wenig Zeit für Diskussionen biete.

Auch **Herr Dietmar Pucher** (Bürgerinitiative Effektiver Hochwasserschutz) stellte die Frage, was die Bislicher Insel mit Deichsicherheit zu tun habe. Zudem hielt er es für bedenklich, dass 45 % Deichsicherheit nicht gegeben sei. Er wolle wissen, wie viel Prozent Deichsicherheit bei dem Deich in Mündelheim gegeben sei.

Herr Hans-Peter Feldmann (VWG-Kreistagsfraktion) wies darauf hin, dass bei dem geplanten Xantener Altrheindurchstich das Fließgefälle berücksichtigt werden müsse, denn ansonsten drohe die Gefahr, ein stehendes Gewässer zu schaffen, das keine Hochwasserentlastung bewirke. Finanzmittel könnten dann eingespart werden.

Frau Dr. Ulrike Nienhaus (Bezirksregierung Düsseldorf) stellte klar, dass es sich bei den geplanten Maßnahmen an der Bislicher Insel zur Anbindung des Xantener Altrheins um eine Maßnahme im Zusammenhang mit der Deichrückverlegung „Rhein-ferner Deich“ im Bereich Perrich-Birten handele.

In Beantwortung der Frage von Herrn Pucher erläuterte **Frau Dr. Ulrike Nienhaus** den Aufbau, die Beschaffenheit und Qualitätsanforderungen für den sicheren Deich.

Herr Hermann Norff (Bürgerinitiative Effektiver Hochwasserschutz) stellte die Frage, ob der lediglich mit Bergematerial anstatt mit Kies verfüllte Deich im Bereich von Orsoy als sicher zu qualifizieren oder aber zu sanieren sei.

Auf die Frage von **Herrn Hans-Peter Feldmann** (VWG-Kreistagsfraktion), ob es eine Übersicht darüber gebe, welche Sicherheit den einzelnen Deichabschnitten im Regierungsbezirk Düsseldorf zukomme bzw. inwieweit eine Einstufung des Gefährdungspotenzials ablesbar sei, bestätigte **Frau Dr. Nienhaus**, dass es eine solche Auswertung und entsprechendes Kartenmaterial gäbe. Sie sicherte zu, dass die Unterlage für die Dokumentation zur Verfügung gestellt werde.

(Hinweis: Zur Zeit erfolgt die Aktualisierung der Karte, die überarbeitete Version stehe voraussichtlich ab Mai 2011 zur Verfügung.)

Herr Martin Gimken (Deichverband Bislich-Landesgrenze) bat im Hinblick auf den Taschenpolder Lohrwardt um Erläuterung, ob Polder als Überlaufareale geplant seien oder als Polder mit einem regelbaren Bauwerk. **Frau Dr. Ulrike Nienhaus** gab entsprechende Erläuterungen und wies ergänzend darauf hin, dass im Bereich Orsoy ein Ein- bzw. Auslaufbauwerk gebaut werde.

Herr Viktor Paeßens (Deichverband Orsoy) erklärte anschaulich die Bedeutung und Funktionsweise des Taschenpolders. Wesentlicher Aspekt sei dabei, dass der Deichverband genaue Informationen über die Hochwasserwelle habe und den richtigen Zeitpunkt der Scheitellage genau einschätzen könne. Der Polder solle lediglich eine Teilsteuering der Hochwasserwelle vornehmen.

Abschließend griff **Herr Viktor Paeßens** die zuvor in mehreren Diskussionsbeiträgen geäußerten kritischen Bemerkungen auf, die die Arbeit und die Institution der Deichverbände in Frage stellen würde und legte sehr eindringlich dar, wie wichtig und bedeutsam die umfassende Akzeptanz der Deichverbände für einen funktionierenden Hochwasserschutz sei.

Danach beendete **Herr Lars Rentmeister** die Diskussionsrunde zum Thema Deichsicherheit und verabschiedete **Herrn Minister Johannes Remmel**, der wegen einer weiteren Terminverpflichtung die Veranstaltung des Runden Tisches Hochwasser gegen 15.30 Uhr verlassen musste.

Es folgten unter dem Thema Bergbau und Bergbaufolgen Vorträge zu den Auswirkungen des Bergbaus auf den Hochwasserschutz.

Zuerst stellte **Frau Christiane Otto-Böhm** (Kreis Wesel) zum Stichwort Monitoring die aktuellen Höhen- und Überschwemmungskarten des Kreises vor (**s. Anlage 5**). Als Fazit stellte sie fest, dass die Datenlage gegenüber 2004 deutlich verbessert und damit Grundlagen für dienstliche Belange der Wasserwirtschaft und auch der Gefahrenabwehr gegeben seien. Die Zusammenarbeit mit den Bergbautreibenden funktioniere gut. Abschließend teilte **Frau Otto-Böhm** mit, dass die Aktualisierung der Höhenkarte im Internet in Arbeit sei und demnächst für alle Interessierten zur Verfügung stehe.

Herr Lars Rentmeister zeigte sich sehr erfreut, dass sich die hiesigen Salzbergbauunternehmen bereit erklärt haben, am Runden Tisch Hochwasser ihr Engagement für den Hochwasserschutz und insbesondere ihre Mitwirkung an Deichbaumaßnahmen vorzustellen. Er übergab das Wort zunächst an Herrn Hans-Heinrich Gerland, Werkleiter des Steinsalzbergwerkes und der Saline Borth der esco.

Herr Hans-Heinrich Gerland (esco – european salt company GmbH & Co. KG) gab einen kurzen Überblick über den Konzern der K + S Gruppe bzw. Solvay Gruppe, aus dem für den Geschäftsbereich Salz die esco im Jahr 2002 gegründet worden sei. Die esco befasse sich ausschließlich mit dem aktiven Bergbaubereich und künftige Abbauplanungen. Die bis Ende 2001 abgebauten Bereiche seien in die Cavity GmbH überführt worden, die sich um die weiteren Abwicklungen sowie um die Verwaltung der Rückstellungen für diesen bis Ende 2001 geführten Bergbau kümmere.

Direkt hieran anknüpfend übernahm **Herr Reinhard Maly** (Cavity GmbH) das Wort und dankte für die Möglichkeit, am Runden Tisch mitzuwirken und die Aktivitäten des Salzbergbaues für den Hochwasserschutz, insbesondere wenn Senkungseinflüsse auf Deichanlagen einwirken, hier vorzustellen (**s. Anlage 6**). Abschließend machte Herr Maly deutlich, dass der Bergbau die Kosten für notwendige Deichbaumaßnahmen dann zu 100 % übernehme, soweit diese Maßnahmen ausschließlich wegen des Salzabbaus erforderlich werden.

Nach einer kurzen 10-minütigen Pause eröffnete **Herr Lars Rentmeister** gegen 16.15 Uhr die Diskussionsrunde zum Thema Bergbau und Bergbaufolgen.

Herr Ulrich Behrens (Schutzgemeinschaft Bergbaubetroffener) hielt es für wichtig, vorher über die Auswirkungen des Bergbaus nachzudenken und hinsichtlich des Deichschutzes vorzusorgen, um nicht überrascht zu sein, wenn Bodensenkungen mit den damit verknüpften Auswirkungen eintreten würden.

Herr Hans-Peter Feldmann (VWG-Kreistagsfraktion) forderte, dass sichere Fluchtwege kartiert und kenntlich gemacht werden müssten, damit die Bevölkerung im Krisenfall umgehend evakuiert werden könne.

Herr Dietmar Pucher (Bürgerinitiative Effektiver Hochwasserschutz) sprach gegenüber Frau Otto-Böhm Lob aus für die seit 2004 wesentlich weiterentwickelten Höhen- und Überschwemmungskarten, die jedem Interessierten umfassende Informationen biete. Zugleich bat er, die von Frau Otto-Böhm angesprochenen 15 erstellten Überschwemmungsszenarien zusätzlich in die Dokumentations-CD aufzunehmen.

Weitere Fragen von **Herrn Dietmar Pucher** bezüglich künftigen Salzabbau und der Durchführung eines Risk-Assessments sowie einer evtl. Begrenzung der Haftung durch die Auslagerung der bereits abgebauten Bereiche an Cavity wurden von **Herrn Reinhard Maly** (Cavity GmbH) und **Herrn Hans-Heinrich Gerland** (esco GmbH & Co. KG) umfassend beantwortet.

Herr Heinrich Henrichs (CDU-Kreistagsfraktion) führte aus, das wegen des Untertagebaus im Steinsalzabbau auch Auswirkungen in Birten zu befürchten seien. Seine Frage, ob die zu erwartenden Bodensenkungen hinsichtlich der Planung im Bereich der Anbindung des Xantener Altrheins auch berücksichtigt worden seien, beantwortete **Frau Dr. Ulrike Nienhaus** (Bezirksregierung Düsseldorf) dahingehend, dass dieser Gesichtspunkt selbstverständlich einbezogen werde.

Herr Hermann Norff ((Bürgerinitiative Effektiver Hochwasserschutz) wies darauf hin, dass im Zusammenhang mit der Aufbereitung des abgebauten Salzes bestimmte Chemikalien bzw. Giftstoffe anfallen, die sicherlich auf dem Gelände der Solvay gelagert würden. Insoweit stelle sich die Frage, ob diese Lagerstätten umdeicht werden sollten, damit bei einem Hochwasserszenario kein Erdreich verseucht werden könne. **Frau Dr. Ulrike Nienhaus** (Bezirksregierung Düsseldorf) stellte hierzu klar, dass diese Frage im Rahmen des Hochwasserrisikomanagements zu klären sei. Entsprechende Untersuchungen hierzu müssen bis 2015 erfolgen.

Auf Nachfrage von **Frau Helga Franzkowiak** (Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen) bestätigte **Frau Dr. Ulrike Nienhaus** (Bezirksregierung Düsseldorf), dass das rechtlich festgelegte Freibordmaß bei den vorhandenen Deichen, die unter der Einwirkung des Salzabbaus stünden, genau so gelte, wie bei den vom Kohlenbergbau betroffenen Deichen.

Zur Frage von **Frau Angelika Steindor** (Hochwasserschutzverband Niederrhein), ab wann die aktuellen Gefahrenkarten im Internet einsehbar seien, führte **Frau Dr. Ulrike Nienhaus** (Bezirksregierung Düsseldorf) aus, dass die Gefahrenkarten durch die Bezirksregierung noch erarbeitet werden und voraussichtlich erst Ende 2013 fertig gestellt sein werden.

Auf den Hinweis von Herrn **Hermann Norff** ((Bürgerinitiative Effektiver Hochwasserschutz), dass bei der Erarbeitung der Gefahrenkarten nicht nur die Bezirksregierung, sondern auch die Bergbaubetreiber gefordert seien, entgegnete **Frau Dr. Ulrike**

Nienhaus (Bezirksregierung Düsseldorf), dass aus den Karten das Maß der Betroffenheit ableitbar sein werde; Bergsenkungen würden nicht dargestellt.

Aus Sicht von **Herrn Dr. Helmut Lang** (interessierter Bürger) werde in 50 Jahren Niemand mehr Verständnis haben, dass Bergbau betrieben worden sei; das gelte nicht nur für Kohle, sondern auch für Salz. Er appellierte, das Gefährdungspotenzial nicht noch weiter zu erhöhen durch den Abbau unter den Deichen. Vielmehr müsse der Salzabbau gänzlich eingestellt und evtl. überlegt werden, ob das Bergwerk-Areal als Endlagerstätte für radioaktive Stoffe genutzt werden könne.

Herr Hans-Heinrich Gerland (esco GmbH & Co. KG) stellte ausdrücklich heraus, dass das Salzbergwerk in Borth in keinsten Weise als Endlagerstätte in Betracht kommen könnte, weil dies zum Einen dem Rahmenbetriebsplan zuwiderlaufen würde und im Übrigen die geologischen Voraussetzungen nicht gegeben seien. **Herr Reinhard Maly** (Cavity GmbH) ergänzte, dass nach den bekannten Richtlinien eine Endlagerstätte mindestens ringsherum mit einer Salzschieht in einem Volumen von 500 m Dicke umgeben sein müsste. Dieses Kriterium sei beim Salzbergwerk in Borth nicht zu erfüllen.

Herr Lars Rentmeister beendete die Diskussionsrunde zum Thema Bergbau und Bergbaufolgen und leitete über auf das folgende Thema Katastrophenschutz im Kreis Wesel. Zunächst bat er Herrn Ulrich Rassier und Frau Christiane Otto-Böhm von der Kreisverwaltung Wesel um die Vorstellung der Überflutungsszenarien und Evakuierungsplanungen.

Herr Ulrich Rassier (Fachgruppe Gefahrenabwehr des Kreises Wesel) stellte das Evakuierungsprojekt VIKING vor, welches der Kreis Wesel in Zusammenarbeit mit der niederländischen Provinz Gelderland vorantreibt. Derzeit befinde man sich in der Projektphase VIKING III (2009 – 2011), die sich schwerpunktmäßig mit der Fortführung der Evakuierungsberechnungen befasse. Am Beispiel Xanten erläuterte Herr Ulrich Rassier die Evakuierungsberechnungen (**s. Anlage 7**).

Anschließend berichtete **Herr Paul Stockhausen** (Fachgruppe Gefahrenabwehr des Kreises Wesel) über die Möglichkeiten, die Bevölkerung im Notfall zielgerichtet alarmieren zu können (**s. Anlage 8**). Es habe sich herausgestellt, dass die althergebrachte Sirenenalarmierung nach wie vor am besten geeignet und von der Bevölkerung auch wahrgenommen werde. Im Kreis Wesel gebe es 152 einsetzbare stationäre Sirenen. Zudem ständen dort, wo fest installierte Sirenen nicht verfügbar seien, mobile Anlagen bereit, um vor Ort zu alarmieren. Am 26.11.2010 habe ein kreisweiter Probealarm stattgefunden. Abschließend wies **Herr Paul Stockhausen** darauf hin, dass das von ihm dargestellte Warnungskonzept nicht nur für den Hochwasserschutz, sondern allgemein für sämtliche Gefahrenlagen für die Bevölkerung von Bedeutung sei.

Herr Martin Kuster (VWG-Kreistagsfraktion) kritisierte das Evakuierungskonzept des Kreises und empfahl, kreisweite Beschilderungen anzubringen, damit die Menschen im Notfall unmittelbar erkennen können, wohin sie fliehen sollten. Ansonsten sei ein administratives Konzept, welches an eine einsatzkräftegebundene Alarmierung der Bevölkerung anknüpfe, seiner Ansicht nach nicht in wenigen Stunden zu gewährleis-

ten. Zudem es für ihn nicht nachvollziehbar, weshalb die Kreisleitstelle in den hochwassergefährdeten Keller des Kreishauses umziehen solle.

Herr Lars Rentmeister wies in seiner Funktion als fachlich zuständiger Ordnungsdezernent (Kreis Wesel) deutlich darauf hin, dass der Kreis und die Polizei in der Lage sein würden, entsprechend situationsangemessen zu handeln. Des Weiteren führte er aus, dass die Kreisleitstelle aufgrund des vorliegenden Kreistagsbeschlusses im Untergeschoss des Kreishauses eingerichtet werde. Jegliche Standorte brächten Gefährdungen mit sich. Zwar liege das Kreishaus im potenziellen Überflutungsgebiet, der vorhandene Deich und der Wall böten nach fachlicher Einschätzung jedoch ausreichenden Schutz. Hierauf sei im Rahmen der Beschlussvorlage auch hingewiesen worden.

Auf den kritischen Hinweis von **Herrn Dietmar Pucher** (Bürgerinitiative Effektiver Hochwasserschutz) zum Vortrag von Herrn Rassier, dass für die beispielhafte Darstellung des Hochwasserszenarios nicht die Stadt Xanten, sondern besser die eher gefährdete Stadt Rheinberg vorgestellt hätte werden sollen, erwiderte **Herr Paul Stockhausen** (Kreis Wesel), dass ein Überflutungsszenario für die Stadt Rheinberg bei dem in 2008 stattgefundenen runden Tisch dargestellt worden sei und daher, um Wiederholungen zu vermeiden, diesmal die Auswirkungen auf das Stadtgebiet von Xanten visuell erläutert worden seien.

Herr Hermann Norff (Bürgerinitiative Effektiver Hochwasserschutz) regte an, dass hinsichtlich der Fluchtwegeplanung bei Hochwasser ein Faltblatt für alle Bürger/innen herausgegeben werden könnte.

Herr Dietmar Pucher (Bürgerinitiative Effektiver Hochwasserschutz) äußerte Unverständnis darüber, dass bei der Planung der Budericher Umgehungsstraße (B 58 n) der Bereich Gefahrenabwehr des Kreises Wesel wegen des Hochwasserschutzes offensichtlich nicht eingebunden worden sei.

Auf den Einwand von **Herrn Ulrich Behrens** (Schutzgemeinschaft Bergbaubetroffener), ob die durchgeführten Planübungen nur im Geheimen ablaufen, da ihm von den eben angesprochenen Übungen „Helga“ und „ROAR“ nichts bekannt sei, entgegnete **Herr Lars Rentmeister** (Kreis Wesel), dass sowohl die Presseberichterstattung und zudem die Begleitung in den politischen Gremien erfolgt sei.

Herr Hermann Norff (Bürgerinitiative Effektiver Hochwasserschutz) äußerte Kritik gegenüber Herrn Feldmann, weil dieser offenbar zu einer Zeitungsberichterstattung beigetragen habe, welche die markante Überschrift „Die Flutwelle kommt“ getragen habe. Da eine solche Berichterstattung unnötige Ängste der Bevölkerung hervorgerufen habe, wäre mehr Sensibilität und Zurückhaltung angebracht gewesen. Hierauf entgegnete **Herr Hans-Peter Feldmann** (VWG-Kreistagsfraktion), dass seine Aussage an bestimmte Hochwasserfaktoren geknüpft gewesen sei, die aber zum Glück nicht eingetreten seien. Wenn die Presse, wie geschehen, eine Schlagzeile daraus konzipiert habe, sei dies natürlich nicht von ihm, sondern von der veröffentlichenden Presse zu vertreten.

Herr Lars Rentmeister beendete die Diskussionsrunde zum Thema Katastrophenschutz im Kreis Wesel und leitete auf das nächste Thema weiter, das sich mit der Umsetzung europäischer Rechtsvorschriften im Wasserrecht und Hochwasserschutz

befasst. Mit dem Hinweis auf die kürzliche in der Presse gemachte Aussage des hiesigen Europaparlamentariers Karl-Heinz Florenz, dass die nationalen Behörden recht lustlos mit der Umsetzung der europäischen Vorschriften umgehen würden, bat Herr Lars Rentmeister den Co-Dezernenten und Leiter des Fachbereiches Bauen, Planen, Umwelt, Landwirtschaft des Kreises Wesel, Herrn Martin Wegner um seine Ausführungen zu dem Handlungsbedarf für den Kreis Wesel.

Herr Martin Wegner (Kreis Wesel) erläuterte in seinem Vortrag am Beispiel der Issel den zum Einen aus der Wasserrahmenrichtlinie und zum Anderen aus der Hochwasserrisikomanagement-Richtlinie abzuleitenden Handlungsbedarf und die konkrete Vorgehensweise des Kreises Wesel (**s. Anlage 9**). Abschließend wies er darauf hin: Hochwasser hört nicht an Kreisgrenzen auf! Die enge Zusammenarbeit und Abstimmung mit dem Isselverband, den Nachbarkreisen und –kommunen sowie mit den Bezirksregierungen Münster und Düsseldorf sei daher unerlässlich. Insbesondere hob Herr Wegner die Strukturen und die gute Arbeit des Isselverbandes lobend heraus und stellte klar, dass er ein aufsichtsbehördliches Einschreiten des Kreises nicht erforderlich halte.

Die Nachfrage von **Herrn Udo Bovenkerk** (CDU-Kreistagsfraktion) zu dem vorgestellten Modell „Retentionskonto“ und der sich hieraus ergebenden Konsequenzen auch in finanzieller Hinsicht wurde von **Herrn Martin Wegner** (Kreis Wesel) umfassend beantwortet.

Mit Hinweis auf die erstellten Hochwasseraktionspläne für die Issel stellte **Herr Hans-Peter Feldmann** (VWG-Kreistagsfraktion) anheim, dass der Kreis Wesel solche Pläne auch für den Niederrhein erstellen solle. **Frau Dr. Ulrike Nienhaus** (Bezirksregierung Düsseldorf) wies darauf hin, dass die von der Bezirksregierung zu erarbeitenden Hochwasserrisikokarten und Hochwassermanagementpläne diese Dinge mit übernehmen werde.

Herr Hans-Georg Haupt (Isselverband) erläuterte die Möglichkeiten, wie mit gesteuerten Polderräumen einer Hochwasserproblematik an der Issel begegnet werden könne. Da diese Polderräume weitestgehend in der derzeitigen Nutzung verbleiben und nur zu den seltenen Hochwasserereignissen kurzfristig einer Wasserbespannung unterliegen würden, erscheine aus seiner Sicht auch die zu erwartende Akzeptanz der Grundstückseigentümer für diese Maßnahmen als gegeben.

Herr Lars Rentmeister beendete die Diskussionsrunde und wies abschließend darauf hin, dass - wie bereits mehrfach angesprochen worden sei - die Veranstaltungsdokumentation mit allen Vorträgen auf einer CD zusammengestellt und zugleich auch in das Internet eingestellt werde. Soweit Interesse besteht, könne die CD nach Fertigstellung beim Fachbereich 60 angefordert werden.

In seinem Schlusswort bedankte sich **Herr Landrat Dr. Ansgar Müller** für den regen Diskussionsaustausch und die Referentenbeiträge und stellte fest, dass effektiver Hochwasserschutz offensichtlich eine stetige Daueraufgabe für alle Beteiligten bleibt.

